

Protokoll 110. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 1. Februar 2012, 17.00 Uhr bis 19.55 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Jürg Ammann (Grüne), Gian von Planta (GLP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2010/9 | * Weisung vom 18.01.2012:
Postulat der Grünen Fraktion betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach, Bericht und Abschreibung | VGU |
| 3. | 2012/9 | * Weisung vom 18.01.2012:
Tiefbauamt, Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon, Projekterweiterung für die Erstellung einer Veloabstellanlage | VTE |
| 4. | 2012/10 | * Weisung vom 18.01.2012:
Revision von Art. 57 des Personalrechts (PR), Grundsatz der jährlichen Lohnanpassung an die Teuerungsentwicklung – Aufnahme einer Ausnahmeregelung, Gewährleistung der individuellen Lohnentwicklung | FV |
| 5. | 2012/13 | * Motion von Andrea Nüssli-Danuser (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 18.01.2012:
Rahmenkredit für die Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons | VHB |
| 6. | 2012/14 | * Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) vom 18.01.2012:
Ermittlung und Bekanntgabe der Kosten für die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse | FV |
| 7. | 2011/503 | * Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Karin Weyermann (CVP) vom 21.12.2011:
Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen | PV |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|----------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 8. | 2012/11 | *
A/P
** | Motion der SP-, Grüne-, GLP-, CVP- und der AL-Fraktion vom 18.01.2012:
Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbaustiftungen und Stärkung der Kontroll- und Aufsichtsfunktionen des Gemeinderats | FV |
| 9. | 2011/67 | | Weisung vom 09.03.2011:
Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative», Ablehnung | STP |
| 10. | 2011/68 | | Weisung vom 09.03.2011:
Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative», Ablehnung | STP |
| 11. | 2007/136 | | Weisung vom 09.11.2011:
Motion von Marcel Savarioud (SP) und Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Chancengleichheit für ausländische Personen, Revision von Art. 3 PR | FV |
| 12. | 2011/401 | | Weisung vom 02.11.2011:
Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz Altstetten (IGLA), Gewährung eines Darlehens für die Investitionen in den Saalbetrieb | FV |
| 13. | 2011/462 | | Weisung vom 07.12.2011:
Liegenschaftenverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die studentische Wohnsiedlung «Aspholz Süd» an der Cäsar-Ritz-Strasse, und Ausrichtung eines unverzinslichen Darlehens | FV |
| 18. | 2012/4 | A | Dringliches Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 11.01.2012: Sicherung eines Standorts für den Bau eines Schulhauses in Zürich West oder im angrenzenden Einzugsgebiet | VHB |
| 19. | 2009/164 | A | Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) vom 06.05.2009:
Besetzung der Villa an der Seestrasse 426 | VHB |
| 20. | 2009/221 | E/A | Postulat von Hedy Schlatter (SVP) und Bruno Amacker (SVP) vom 27.05.2009:
Reinigung Eingangsbereich Rote Fabrik | VHB |
| 21. | 2009/255 | E/A | Postulat von Salvatore Di Concilio (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 10.06.2009:
Kommission für Arbeitssicherheit und Gesundheit bei grösseren Bauprojekten | VHB |
| 22. | 2009/267 | A | Motion von Christina Hug (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne) vom 17.06.2009:
Anpassung der BZO | VHB |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

2266. 2012/8 Ratsmitglied Maria Trottmann (GLP); Rücktritt

Der Ratspräsident gibt den Rücktritt von Maria Trottmann (GLP 4+5) auf den 1. Februar 2012 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

2267. 2012/29 Postulat von Urs Fehr (SVP) und Thomas Schwendener (SVP) vom 25.01.2012: Weitere Unterstützung der Voliere in Zürich-Seebach

Urs Fehr (SVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 8. Februar 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

2268. 2012/12 Motion der SVP-, FDP- und der CVP-Fraktion vom 18.01.2012: Erarbeitung einer Verordnung zur Festlegung und Überprüfung von Vermietungs- bedingungen für gemeinnützige Wohnungen

Roger Tognella (FDP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 8. Februar 2012 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2269. 2012/43 Erklärung der SVP-Fraktion vom 01.02.2012: Organisieren von Festen in der Stadt Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Unüberwindbare Hürden zum Organisieren eines Festes

Einmal mehr „killt“ die Stadt Zürich mit Ihren immer komplizierteren und aufwendigeren Auflagen ein beliebtes Fest, diesmal das Langstrassenfest im Kreis 4. Zudem werden den Festverantwortlichen immer höhere Kosten für die Reinigung sowie das Entsorgen des Abfalls auferlegt. Gleiches beklagen auch andere Quartierfeste, so etwa die Veranstalter der Schwamendinger Chilbi. Die Hürden zum organisieren eines Festes in einem Quartier in Zürich sind in den letzten Jahren nahezu unüberwindbar geworden. Schuld daran ist der stadtzürcherische Bürokratiedschungel innerhalb der Verwaltung.

Personen oder Gruppierungen, welche bei der Stadt Zürich legal um eine Bewilligung für ein Fest ersuchen, werden seitens Stadtverwaltung derart drangsaliert, dass das Organisieren einer legalen Veranstaltung nahezu unmöglich wird. Belohnt wird indessen, wer illegal eine Veranstaltung durchführt. So mussten etwa die Occupy-Leute auf dem Lindenhof weder eine Gebühr für die zurückgelassene Unordnung und das Entsorgen des Abfalls bezahlen, noch mussten sie irgendwelche Auflagen einhalten. Und dies mit Zustimmung

des Stadtrates von Zürich.

Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Die SVP der Stadt Zürich fordert den Stadtrat auf, die Bürokratie zum Organisieren eines Festes in den Quartieren auf ein Minimum zu reduzieren. Entsprechende parlamentarische Vorstösse sind hängig. Ebenfalls sind entsprechende Abgaben und Gebühren massiv nach unten anzupassen. Ändert der Stadtrat nichts an seiner jetzigen Praxis, wird es in Zukunft keine Quartierfeste mehr geben, welche aktive Personen in ihrer Freizeit organisieren.

G e s c h ä f t e

2270. 2010/9

Weisung vom 18.01.2012:

Postulat der Grünen Fraktion betreffend ServiceWohnen im Altersheim Trotte sowie Auswertung der Pilotprojekte in den Altersheimen Stampfenbach und Wildbach, Bericht und Abschreibung

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 30. Januar 2012

2271. 2012/9

Weisung vom 18.01.2012:

Tiefbauamt, Quartieranbindung Ost zum Bahnhof Oerlikon, Projekterweiterung für die Erstellung einer Veloabstellanlage

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 30. Januar 2012

2272. 2012/10

Weisung vom 18.01.2012:

Revision von Art. 57 des Personalrechts (PR), Grundsatz der jährlichen Lohnanpassung an die Teuerungsentwicklung – Aufnahme einer Ausnahmeregelung, Gewährleistung der individuellen Lohnentwicklung

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 30. Januar 2012

2273. 2012/13

Motion von Andrea Nüssli-Danuser (SP) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 18.01.2012:

Rahmenkredit für die Beschaffung und Installation von Schulraumpavillons

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Namens der FDP-Fraktion stellt Michael Baumer (FDP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2274. 2012/14**Postulat von Markus Hungerbühler (CVP) vom 18.01.2012:
Ermittlung und Bekanntgabe der Kosten für die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Bruno Amacker (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2275. 2011/503**Postulat von Marcel Schönbächler (CVP) und Karin Weyermann (CVP) vom
21.12.2011:
Verbesserung der Sicherheit durch die Anordnung neuer Fussgängerstreifen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Marcel Schönbächler (CVP) vom 25. Januar 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2243/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 66 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2276. 2012/11**Motion der SP-, Grüne-, GLP-, CVP- und der AL-Fraktion vom 18.01.2012:
Vereinheitlichung der Organisation der Wohnbaustiftungen und Stärkung der
Kontroll- und Aufsichtsfunktionen des Gemeinderats**

Ausstand: Karin Rykart Sutter (Grüne)

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 25. Januar 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2244/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 77 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2277. 2011/67**Weisung vom 09.03.2011:
Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative», Ablehnung**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2224 vom 18. Januar 2012:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP), Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP), Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Abstimmungen zu den Anträgen der SK PRD/SSD (Abschnitt A und Abschnitt B)

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative» wird abgelehnt.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative» beschlossen:

1. *Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:*

Art. 2^{sexies}

Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein.

Art. 51

²Der Stadtrat achtet im Rahmen der Vorbereitung der Geschäfte nach Abs. 1 sowie beim Erlass von stadträtlichen Verordnungen auf die Regulierungsfolgen für KMU.

[Die bisherigen Abs. 2–4 werden zu den Abs. 3–5.]

2. *Der Stadtrat setzt diese Änderung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.*

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD zur Ziffer A. 1. mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD zur Ziffer A. 2. mit 111 gegen 5 Stimmen zu.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Die Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative» und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.
2. Vom indirekten Gegenvorschlag des Stadtrats (StRB Nr. 255/2011) wird zustimmend Kenntnis genommen.

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 117 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 116 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative» wird abgelehnt.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative» beschlossen:
 1. *Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:*

Art. 2^{sexies}
Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein.

Art. 51
²*Der Stadtrat achtet im Rahmen der Vorbereitung der Geschäfte nach Abs. 1 sowie beim Erlass von stadträtlichen Verordnungen auf die Regulierungsfolgen für KMU.*
[Die bisherigen Abs. 2–4 werden zu den Abs. 3–5.]
 2. *Der Stadtrat setzt diese Änderung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.*

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Die Volksinitiative «KMU-Förderungsinitiative» und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.
2. Vom indirekten Gegenvorschlag des Stadtrats (StRB Nr. 255/2011) wird zustimmend Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat, das Zentralwahlbüro und amtliche Publikation am 8. Februar 2012 von Ziffer A. gemäss Art. 10 (obligatorisches Referendum) und von Ziffer B. gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

2278. 2011/68**Weisung vom 09.03.2011:****Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative», Ablehnung**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2225 vom 18. Januar 2012:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP), Christina Hug (Grüne), Mario Mariani (CVP), Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der Redaktionskommission stillschweigend zu.

Abstimmungen zu den Anträgen der SK PRD/SSD (Abschnitt A und Abschnitt B)

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative» wird abgelehnt.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative» beschlossen:
 1. *Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:*

Art. 2^{sexies}
Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein.

Art. 51
²*Der Stadtrat achtet im Rahmen der Vorbereitung der Geschäfte nach Abs. 1 sowie beim Erlass von stadträtlichen Verordnungen auf die Regulierungsfolgen für KMU.*
 [Die bisherigen Abs. 2–4 werden zu den Abs. 3–5.]
 2. *Der Stadtrat setzt diese Änderung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.*

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD zur Ziffer A. 1. mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD zur Ziffer A. 2. mit 114 gegen 5 Stimmen zu.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Die Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative» und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.

2. Vom indirekten Gegenvorschlag des Stadtrats (StRB Nr. 255/2011) wird zustimmend Kenntnis genommen.

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Marianne Dubs Früh (SP) i.V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Claudia Simon (FDP), Vizepräsident Mark Richli (SP), Ruth Anhorn (SVP), Isabel Garcia (GLP), Marina Garzotto (SVP), Marc Hohl (FDP), Christina Hug (Grüne), Fiammetta Jahreiss-Montagnani (SP), Elisabeth Makwana-Boss (SP), Dr. Thomas Monn (SVP), Lucia Tozzi (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 115 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative» wird abgelehnt.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative» beschlossen:

1. *Die Gemeindeordnung der Stadt Zürich vom 26. April 1970 wird wie folgt ergänzt:*

Art. 2^{sexies}

Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein.

Art. 51

²Der Stadtrat achtet im Rahmen der Vorbereitung der Geschäfte nach Abs. 1 sowie beim Erlass von stadträtlichen Verordnungen auf die Regulierungsfolgen für KMU.

[Die bisherigen Abs. 2–4 werden zu den Abs. 3–5.]

2. *Der Stadtrat setzt diese Änderung der Gemeindeordnung nach Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.*

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Die Volksinitiative «KMU-Entlastungsinitiative» und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.
2. Vom indirekten Gegenvorschlag des Stadtrats (StRB Nr. 255/2011) wird zustimmend Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat, das Zentralwahlbüro und amtliche Publikation am 8. Februar 2012 von Ziffer A. gemäss Art. 10 (obligatorisches Referendum) und von Ziffer B. gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

2279. 2007/136**Weisung vom 09.11.2011:****Motion von Marcel Savarioud und Fiammetta Jahreiss-Motagnani, Chancengleichheit für ausländische Personen, Revision von Art. 3 PR**

Antrag des Stadtrats

1. Die Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR) vom 6. Februar 2002 wird wie folgt geändert:

Art. 3 Grundsätze und Instrumente der Personalpolitik

¹Der Stadtrat bestimmt nach folgenden Grundsätzen die Personalpolitik:

a) bis i) unverändert

- k) sie fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, geschlechtlicher Orientierung, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion oder Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.

²(unverändert).

2. Der Stadtrat setzt diese Änderung in Kraft.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
 - a) Die Motion (GR Nr. 2007/136) von Marcel Savarioud und Fiammetta Jahreiss-Motagnani, Chancengleichheit für ausländische Personen, wird als erledigt abgeschrieben.
 - b) Das Postulat (GR Nr. 2007/142) von Marcel Savarioud und Isabel Bartal wird als erledigt abgeschrieben.
 - c) Das Postulat (GR Nr. 2006/482) von Richard Rabelbauer und Daniel Meier wird als erledigt abgeschrieben.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Ziff 1, Abs.1 lit. k):

- k) sie fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion, Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Dr. Davy Graf (SP), Referent; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Urs Fehr (SVP)

Abwesend: Marlène Butz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 26 Stimmen zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Überweisung der bereinigten Vorlage als Ganzes an die Redaktionskommission (RedK)

Der Rat stimmt der bereinigten Vorlage mit 95 gegen 26 Stimmen zu und überweist die Verordnung an die RedK.

Damit ist beschlossen:

Der folgende Artikel zur Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR) vom 6. Februar 2002 ist durch die Redaktionskommission (RedK) zu überprüfen (Art. 38 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR).

Art. 3 Grundsätze und Instrumente der Personalpolitik

¹Der Stadtrat bestimmt nach folgenden Grundsätzen die Personalpolitik:

a) bis i) unverändert

k) sie fördert die Toleranz und Akzeptanz gegenüber Angestellten, die benachteiligt sein könnten, insbesondere aufgrund von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, Herkunft, Staatsangehörigkeit, Sprache, Religion, Behinderung, und fördert bei Anstellung und Personalentwicklung die Chancengleichheit dieser Personen.

²(unverändert).

Mitteilung an den Stadtrat

2280. 2011/401

Weisung vom 02.11.2011:

**Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz Altstetten (IGLA),
Gewährung eines Darlehens für die Investitionen in den Saalbetrieb**

Ausstand: Ruth Anhorn (SVP), Albert Leiser (FDP)

Antrag des Stadtrats

Der Initiativgenossenschaft Lindenplatz Altstetten wird für die Investitionen für Sanierungsmassnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Saalbetriebes im Hotel und Quartierzentrum Spirgarten (Erneuerung Klima- und Lüftungsanlagen sowie Erneuerung Fassade) ein Darlehen von höchstens 2,4 Mio. Franken im Sinne der Erwägungen gewährt. Das Darlehen ist je hälftig unverzinslich bzw. zu fest 2,0 Prozent verzinslich.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Initiativgenossenschaft Lindenplatz Altstetten wird für die Investitionen für Sanierungsmassnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Saalbetriebes im Hotel und Quartierzentrum Spirgarten (Erneuerung Klima- und Lüftungsanlagen sowie Erneuerung Fassade) ein innerhalb von 30 Jahren rückzahlbares Darlehen von höchstens 2,4 Mio. Franken im Sinne der Erwägungen gewährt. Das Darlehen ist zu 2,0 Prozent zu verzinsen.

Mehrheit: Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Dr. Davy Graf (SP), Daniel Meier (CVP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)
 Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Urs Fehr (SVP)
 Enthaltung: Niklaus Scherr (AL)
 Abwesend: Marlène Butz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Referentin; Präsidentin Dorothea Frei (SP), Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Dr. Davy Graf (SP), Daniel Meier (CVP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)
 Minderheit: Niklaus Scherr (AL), Referent; Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Urs Fehr (SVP)
 Abwesend: Marlène Butz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 5 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Initiativgenossenschaft Lindenplatz Altstetten wird für die Investitionen für Sanierungsmassnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Saalbetriebes im Hotel und Quartierzentrum Spirgarten (Erneuerung Klima- und Lüftungsanlagen sowie Erneuerung Fassade) ein Darlehen von höchstens 2,4 Mio. Franken im Sinne der Erwägungen gewährt. Das Darlehen ist je hälftig unverzinslich bzw. zu fest 2,0 Prozent verzinslich.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Februar 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. März 2012)

2281. 2011/462

Weisung vom 07.12.2011:

Liegenschaftsverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die studentische Wohnsiedlung „Aspholz Süd“ an der Cäsar-Ritz-Strasse, und Ausrichtung eines unverzinslichen Darlehens

Ausstand: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Antrag des Stadtrats

1. Dem Abschluss eines Baurechtsvertrags mit der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich über die Begründung eines selbständigen, dauernden und übertragbaren Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB zulasten des 6283 m² messenden Grundstücks Kat.-Nr. AF5167 an der Cäsar-Ritz-Strasse, Quartier Affoltern, gemäss den vorstehenden Erwägungen mit einer Dauer von vorerst 62 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 92 100.– wird zugestimmt.
2. Aus dem Jugendwohnkredit 2010 wird, gestützt auf die Richtlinien (GRB vom 14. Juli 2010, AS 843.322), ein unverzinsliches Darlehen von Fr. 7 000 000.– ausgerichtet. Der Vorsteher des Finanzdepartements wird ermächtigt, den Darlehensver-

trag abzuschliessen.

3. Unter Ausschluss des Referendums:

- a) Das Grundstück Kat.-Nr. AF5167 wird auf den Zeitpunkt der Baurechtseinräumung (Grundbucheintragung) vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übertragen.
- b) Für die Abschreibung des Buchwerts des Grundstücks Kat.-Nr. AF5167 von Fr. 4 798 000.– um Fr. 1 728 000.– auf Fr. 3 070 000.– wird zulasten des Kontos Nr. 2030.3310.0000, ordentliche Abschreibungen auf Sachgütern des Verwaltungsvermögens, unter Schaffung des erforderlichen Budgettitels im Voranschlag 2012 eine Ausgabe von Fr. 1 728 000.– bewilligt.

Änderungsantrag

Die SK FD beantragt folgende Änderung in Ziffer 1 zum Antrag des Stadtrats:

1. Dem Abschluss eines Baurechtsvertrags mit der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich über die Begründung eines selbständigen, dauernden und übertragbaren Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB zulasten des 6167 m² messenden Grundstücks Kat.-Nr. AF5330 an der Cäsar-Ritz-Strasse, Quartier Affoltern, gemäss den vorstehenden Erwägungen mit einer Dauer von vorerst 62 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 92 100.– wird zugestimmt.

Zustimmung: Präsidentin Dorothea Frei (SP), Referentin; Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Dr. Davy Graf (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Enthaltung: Urs Fehr (SVP)

Ausstand: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Abwesend: Marlène Butz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 94 gegen 23 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsidentin Dorothea Frei (SP), Referentin; Vizepräsident Severin Pflüger (FDP), Salvatore Di Concilio (SP), Dr. Davy Graf (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Daniel Meier (CVP), Niklaus Scherr (AL), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Matthias Wiesmann (GLP)

Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent

Ausstand: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP)

Abwesend: Marlène Butz (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 25 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Dem Abschluss eines Baurechtsvertrags mit der Stiftung für Studentisches Wohnen Zürich über die Begründung eines selbständigen, dauernden und übertragbaren Baurechts i.S.v. Art. 675 und 779 ZGB zulasten des 6167 m² messenden Grund-

stücks Kat.-Nr. AF5330 an der Cäsar-Ritz-Strasse, Quartier Affoltern, gemäss den vorstehenden Erwägungen mit einer Dauer von vorerst 62 Jahren und einem provisorischen Baurechtszins von jährlich Fr. 92 100.– wird zugestimmt.

2. Aus dem Jugendwohnkredit 2010 wird, gestützt auf die Richtlinien (GRB vom 14. Juli 2010, AS 843.322), ein unverzinsliches Darlehen von Fr. 7 000 000.– ausgerichtet. Der Vorsteher des Finanzdepartements wird ermächtigt, den Darlehensvertrag abzuschliessen.
3. Unter Ausschluss des Referendums:
 - a) Das Grundstück Kat.-Nr. AF5167 wird auf den Zeitpunkt der Baurechtseinräumung (Grundbucheintragung) vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übertragen.
 - b) Für die Abschreibung des Buchwerts des Grundstücks Kat.-Nr. AF5167 von Fr. 4 798 000.– um Fr. 1 728 000.– auf Fr. 3 070 000.– wird zulasten des Kontos Nr. 2030.3310.0000, ordentliche Abschreibungen auf Sachgütern des Verwaltungsvermögens, unter Schaffung des erforderlichen Budgettitels im Voranschlag 2012 eine Ausgabe von Fr. 1 728 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 8. Februar 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 7. März 2012)

2282. 2012/4

Dringliches Postulat von Dr. Richard Wolff (AL) vom 11.01.2012: Sicherung eines Standorts für den Bau eines Schulhauses in Zürich West oder im angrenzenden Einzugsgebiet

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Richard Wolff (AL) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2190/2012).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 41 gegen 81 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2283. 2009/164

Postulat von Monika Erfigen (SVP) und Hedy Schlatter (SVP) vom 06.05.2009: Besetzung der Villa an der Seestrasse 426

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Monika Erfigen (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4344/2009).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 26 gegen 95 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2284. 2009/221**Postulat von Hedy Schlatter (SVP) und Bruno Amacker (SVP) vom 27.05.2009:
Reinigung Eingangsbereich Rote Fabrik**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Hedy Schlatter (SVP) zieht das Postulat zurück (vergleiche Protokoll-Nr. 4442/2009).

Mitteilung an den Stadtrat

2285. 2009/255**Postulat von Salvatore Di Concilio (SP) und Rebekka Wyler (SP) vom 10.06.2009:
Kommission für Arbeitssicherheit und Gesundheit bei grösseren Bauprojekten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rebekka Wyler (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4514/2009).

Heinz F. Steger (FDP) begründet den von Michael Baumer (FDP) namens der FDP-Fraktion am 24. Juni 2009 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 58 gegen 62 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

2286. 2009/267**Motion von Christina Hug (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne) vom 17.06.2009:
Anpassung der BZO**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab.

Christina Hug (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4535/2009).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Christine Seidler (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Weisung ~~zur Anpassung der BZO vorzulegen, welche auf~~ zur Umzonierung und Gestaltungsplanpflicht der Parzelle HO 4387 vorzulegen. Auf dem Grundstück des heutigen Kinderspitals, soll preisgünstiger gemeinnütziger Wohnungs- und Gewerbebau ermöglicht werden.

Christina Hug (Grüne) ist mit der Textänderung einverstanden.

Die geänderte Motion wird mit 62 gegen 61 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2287. 2012/44

Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Theo Hauri (SVP) vom 01.02.2012: Veräusserung des bisher gebauten Glasfasernetzes an einen privatrechtlichen Anbieter

Von Martin Bürlimann (SVP) und Theo Hauri (SVP) ist am 1. Februar 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Veräusserung des bisher gebauten Glasfasernetzes an einen privatrechtlichen Anbieter vorzulegen.

Begründung:

Die Aufgabe des ewz ist es, die Stad Zürich sicher und kostengünstig mit Energie zu versorgen. Der Bau und Unterhalt eines Glasfasernetzes zu Kommunikationszwecken ist nicht Aufgabe eines Elektrizitätswerkes. Das Risiko eines wirtschaftlichen Verlustes ist zu gross. Stromkonsumenten müssen dieses Risiko nicht tragen. Ein Glasfasernetz wird auch durch private Anbieter gebaut, wenn die Nachfrage da ist. Wenn die Nachfrage nicht da ist, muss das ewz die Konsumenten nicht damit beglücken. Daher soll das bestehende Netz am Markt verkauft werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2288. 2012/45

Motion von Martin Bürlimann (SVP) und Theo Hauri (SVP) vom 01.02.2012: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung eines Gewerbetarifs

Von Martin Bürlimann (SVP) und Theo Hauri (SVP) ist am 1. Februar 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt eine Vorlage auszuarbeiten, welche die Einführung eines «Gewerbetarifs» beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) vorsieht. Dies soll im Rahmen der nächsten ewz-Tarifrevision geschehen. Die neuen Tarife sollen per 01.01.2015 in Kraft treten.

Begründung:

Die Unternehmen, welche in Zürich Arbeitsplätze bereitstellen, sind auf kostengünstige Stromtarife angewiesen. Daher soll das ewz einen zusätzlichen Tarif speziell für produzierende Unternehmen in Zürich anbieten. Der Tarif ist günstig, kostendeckend und frei von jeglichen Öko-Quersubventionen. Je nach Möglichkeit ist der Tarif als ein neues Produkt in der Produktgruppe oder als separater Tarif ausgestaltet. Dieser «Gewerbetarif» ist für Betriebe gültig, die in der Stadt Zürich Arbeitsplätze anbieten.

Mitteilung an den Stadtrat

2289. 2012/46

Postulat von Gerhard Bosshard (EVP) und Bernhard Piller (Grüne) vom 01.02.2012: Nutzung der Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) bei Totalsanierungen stadteigener Heizungsanlagen

Von Gerhard Bosshard (EVP) und Bernhard Piller (Grüne) ist am 1. Februar 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, im Falle einer Nichtanwendbarkeit erneuerbarer Energien bei der To-

talsanierung stadt-eigener Heizungsanlagen künftig die Wärme-Kraft-Kopplung (WKK) zu nutzen.

Begründung:

Es ist davon auszugehen, dass Photovoltaikstrom in Zukunft im Sommerhalbjahr einen wesentlichen Anteil am Stromproduktionsmix haben wird. Dezentrale WKK-Anlagen können hierbei in einer erneuerbaren Strom-Zukunft eine ideale Ergänzung für die Winterstromproduktion darstellen.

Primär soll die WKK dort eingesetzt werden, wo erneuerbare, CO₂ neutrale Verbrennungsenergie verwendet wird wie Biogas oder Holz. (Erdgas nur zur Überbrückung bis es durch erneuerbare Energie ersetzt werden kann).

Zum Potenzial schrieb die NZZ vom 29. Sept. 2011: „Der Schweizerische Verband für Wärme-Kraft-Kopplung mit Sitz in Baden, in dem rund 100 Hersteller und Lieferanten von WKK-Anlagen, Planer und Ingenieure, Installationsfirmen, Energieversorger und Betreiber vereint sind, schätzt das Potenzial der Technik auf etwa 10% der hiesigen Stromproduktion. Der Verband und das Bundesamt für Energie haben in Untersuchungen die hohe Wirtschaftlichkeit solcher Anlagen belegt. (dst.)“

Mit der Anwendung von WKK in den eigenen Liegenschaften, ginge die Stadt Zürich einen Schritt weiter in der alternativen, nachhaltigen Stromproduktion. Sie würde mit den gemachten Erfahrungen auch private Eigentümer ermuntern WKK zu prüfen, insbesondere da diese Technik auch wirtschaftlich betrieben werden kann und somit nicht über Steuern subventioniert werden müsste.

Mitteilung an den Stadtrat

2290. 2012/47

Postulat von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 01.02.2012: Verzicht auf die Einrichtung neuer Asylunterkünfte in grösseren Städten sowie Umsetzung kürzerer Asylverfahren gestützt auf die bestehenden Gesetzesgrundlagen

Von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) ist am 1. Februar 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er sich über den Schweizerischen Städteverband (SSV) beim Bund sowie direkt beim Kanton dafür einsetzen kann, dass neue Asylunterkünfte nicht mehr in grösseren Städten, sondern an entlegenen Orten eingerichtet werden, und wie sich SSV und Kanton für kürzere Asylverfahren gestützt auf den bestehenden Gesetzesgrundlagen einsetzen können.

Begründung:

Die Stadt Zürich gehört dem Schweizerischen Städteverband an und ist mit Stadtpräsidentin Corinne Mauch in dessen Vorstand vertreten. Eine der Aufgaben des Städteverbandes ist die politische Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den Bundesbehörden (Art. 2 Abs. 2 lit. a der Statuten). Dabei hat sich der Städteverband jüngst insbesondere auch zu Fragen der Asylgesetzgebung vernehmen lassen.

Vor dem Hintergrund, dass der Bund vermehrt Mühe bekundet, ein effizientes Asylverfahren umzusetzen und dem wachsenden Zustrom von Wirtschaftsflüchtlingen Herr zu werden, muss der politische Druck seitens der Gemeinden erhöht werden, welche die entstandenen Probleme letztlich ausbaden müssen. Dabei sprechen die folgenden Gründe gegen eine Unterbringung Asylsuchender in Ballungszentren:

- Die Wohnsituation ist in grösseren Städten ohnehin schon angespannt. Um das Aufnahmekontingent zu erfüllen, müssen Städte immer mehr Wohnraum suchen, was gerade in der Stadt Zürich mit ihrer Lehrwohnungsziffer unter 1% enorm schwierig ist und andere Wohnungssuchende konkurrenziert.
- Die Gefahr, dass Asylsuchende kriminell werden, ist in der Anonymität von Städten besonders gross.
- Die Gefahr, dass Wirtschaftsflüchtlinge Schwarzarbeit annehmen, ist in der Anonymität grösserer Städte mit ihrem breiten Arbeitsangebot besonders gross.
- Die Gefahr, dass abgewiesene Wirtschaftsflüchtlinge aufgrund zuvor geknüpfter Netzwerke untertauchen und Schwarzarbeit annehmen, erhöht sich bei einer Unterbringung in grösseren Städten markant.
- Die Unterbringung in Ballungszentren erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass sich Wirtschaftsflüchtlinge, die später abgewiesen werden, so weit vernetzen, dass eine Ausschaffung erheblich erschwert wird.
- Entlegene Unterkünfte und kürzere Verfahren reduzieren die Attraktivität der Schweiz für reine Wirtschaftsflüchtlinge.

Mitteilung an den Stadtrat

2291. 2012/48**Postulat der Grüne-Fraktion vom 01.02.2012:
Verzicht auf die Weiterverrechnung der Sicherheitskosten im Rahmen der
Zentralen Ausnüchterungsstelle (ZAS+)**

Von der Grüne-Fraktion ist am 1. Februar 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie auf die Weiterverrechnung der Sicherheitskosten im Rahmen der ZAS verzichtet werden kann.

Begründung:

Wer straffällig wird, soll dafür bestraft werden. Dies gilt selbstverständlich auch für Gewalt- und andere Delikte, welche nach dem Konsum von Alkohol begangen werden.

Wer hingegen einzig und allein zu viel Alkohol trinkt, der gefährdet zwar sich selbst und eventuell Andere, begeht jedoch keine Straftat. Es ist problematisch, wenn einer Person, die sich rechtmässig verhalten hat, eine Gebühr mit pönalem Charakter in Rechnung gestellt wird. Genau dies ist jedoch der Fall, wenn ein Betrunkener 950 Franken bezahlen muss, um einige Stunden in einer Zelle zu verbringen.

Noch problematischer wird diese „Strafgebühr“ für rechtmässiges Verhalten dadurch, dass in der Regel selbst bei rechtswidrigem Verhalten die Polizeikosten nicht weiterverrechnet werden. Die Verrechnung von Polizeikosten ist aus unserer Sicht grundsätzlich heikel.

Sicherheitskosten entstehen jedoch nicht nur bei Personen, welche Gebühren bezahlen müssen sondern auch bei Personen, die nur für kurze Zeit eingeliefert werden, jedoch keine Gebühren bezahlen müssen. So wird es fraglich, ob hier nicht das Kostendeckungsprinzip verletzt wird.

Eindeutig verletzt ist das Äquivalenzprinzip. Es besteht ein offensichtliches Missverhältnis zwischen der erhobenen Gebühr und der vom Staat dafür erbrachten Leistung einer Zwangsausnüchterung. Zum Vergleich: ein vierstündiger Aufenthalt in einer einfach ausgestatteten Zelle kostet mehr als das "Valentine's Break at the Dolder Grand" (inklusive Übernachtung im Superior-Zimmer, Vier-Gang-Menu, Champagner, Garden Breakfast und "romantische Aufmerksamkeiten").

Auch mit dem Verzicht der problematischen Verrechnung der Sicherheitskosten wird es nicht so sein, dass der Aufenthalt in der ZAS kostenfrei ist und somit jegliche „Denkzettelwirkung“ entfällt. Es ist nämlich unbestritten, dass die Gesundheitskosten weiterhin verrechnet werden sollen. Diese Verrechnung macht Sinn, denn Gesundheitskosten müssen – zumindest im Rahmen der Franchise – von der betroffenen Person immer selbst getragen werden. Dies gilt auch dann, wenn eine Person unverschuldet krank wird, und deshalb muss es umso mehr gelten, wenn sie mit einem gewissen Eigenverschulden – wenn auch nicht rechtswidrig – Gesundheitskosten verursacht.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Motionen und die drei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

2292. 2012/49**Dringliche Schriftliche Anfrage von Roger Tognella (FDP), Joachim Hagger (FDP)
und 38 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2012:
Absage des Langstrassenfests, Rahmenbedingungen und Auflagen für
Festanlässe**

Von Roger Tognella (FDP), Joachim Hagger (FDP) und 38 Mitunterzeichnenden ist am 1. Februar 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Der Homepage des Vereins Langstrassenfest ist zu entnehmen, dass das diesjährige Fest an der Langstrasse aufgrund verschiedener Auflagen durch die Stadt Zürich vom Veranstalter abgesagt wurde. Der Veranstalter führt als vorwiegenden Grund das sogenannte „Crowd Management“ der Stadt Zürich an, welches offenbar auf wesentliche Elemente des Festbetriebs Einfluss nehmen. Es sind zudem weitere Gründe angeführt, welche die Finanzierbarkeit von ehrenamtlich organisierten Festanlässen für die Bevölkerung betreffen. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Können Veranstalter sich im Vorfeld über Rahmenbedingungen, welche die Stadtpolizei im Zusammenhang mit dem „Crowd Management“ stellt, informieren?
Wenn ja, über welche Publikationen und/oder welche Stellen?
2. Wie lauten konkret die gestellten Auflagen im Zusammenhang mit dem Langstrassenfest und wie werden diese Auflagen im Einzelnen begründet?
3. Wie wurden die bisherigen Verhandlungen über die gestellten Auflagen mit dem Veranstalter geführt?
4. Wie stellt sich der Stadtrat grundsätzlich zum Langstrassenfest, welches letztmals 2010 in der 10. Auflage durchgeführt wurde?
Kann aus der Sicht des Stadtrats dieses Fest trotz und mit Erfüllung der gestellten Auflagen durchgeführt werden? Wie unterstützt die Stadt Zürich den ehrenamtlich wirkenden Verein bei der Weiterführung der Organisation?
5. Der Verein Langstrassenfest fügt an, dass ein Wegfall von Attraktionen durch gestellte Auflagen die Finanzierung des Langstrassenfestes zukünftig gefährdet.
Kann der Stadtrat diese Argumentation teilen? Wenn nein, wieso und in welchen Teilen nicht? Wie kann der Stadtrat den Veranstalter in diesem Punkt unterstützen?
6. Die Veranstalter fügen an, dass die Gebühren und Abgaben für durch die Stadt erbrachte Leistungen, beispielsweise Entsorgung & Recycling, gestiegen sind.
Es besteht nun offenbar ein Problem in der Finanzierung dieser Kostensteigerung. Wie bewertet der Stadtrat die Auswirkung steigender Kosten auf Veranstalter generell sowie auf das Langstrassenfest im Besonderen?
7. Dem Vernehmen nach sind die nach Erlass des neuen Stadtrat Beschlusses zur Gebühren- und Benutzungsordnung (Verfügung vom 13.01.12 30686/AM/CH sowie AS 551.211) erhobenen Gebühren und Abgaben im Jahr 2012 um linear 10% angehoben worden. Wie begründet der Stadtrat diese lineare Kostensteigerung im Einklang mit dem Kostendeckungsprinzip?

Mitteilung an den Stadtrat

2293. 2012/50

Dringliche Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger (FDP), Alexander Jäger (FDP) und 38 Mitunterzeichnenden vom 01.02.2012: Winterdienst der Stadt Zürich, Strategie und Kostenfolgen

Von Ursula Uttinger (FDP), Alexander Jäger (FDP) und 38 Mitunterzeichnenden ist am 1. Februar 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 14. Dezember 2011 kündete der Stadtrat, einen "zweckdienlichen" Winterdienst auf die Saison 2011/12 an, und begründete dies mit der Erkenntnis: "Um die Sicherheit und Mobilität in der Stadt zu gewährleisten, ist keine stadtweite Schwarzräumung notwendig. Es zeigte sich, dass ERZ auch mit einer sogenannten verzögerten Schwarzräumung, angepassten Einsatzzeiten und einem geringeren Einsatz von Salz den Winterdienst sicherstellen kann. Und weiter: "Wo möglich wird aber neu vermehrt lediglich gepflegt. Salz kommt nur noch bei drohender Schnee- und Eisglätte zum Einsatz." Am Sonntag 18. Dezember war es wieder soweit. Der erste Schnee in der Stadt Zürich fiel. Bereits am Morgen um 6 Uhr fuhren die Mannen vom ERZ mit den Pflügen und Salzstreuern durch die Stadt. Weil der Boden noch warm war, war am Mittag der ganze Schnee wieder geschmolzen. Das wäre auch ohne Salz geschehen. Dasselbe spielte sich am 20./21. Dezember ab: Tag und Nacht wurde – auch in der Ebene (Aussersihl) - jede Quartierstrasse gesalzen. Und dies bei Plustemperaturen und prognostiziertem Temperaturanstieg! Eine Woche nach Ankündigung der Praxisänderung tut die Stadt genau das Gegenteil. Es scheint, als ob die Stadt Zürich nicht gerade sparsam mit der Ressource Salz umgeht.

Dass im Bereich von ÖV Haltestellen geräumt und Eisglätte bekämpft wird, ist selbstverständlich in Ordnung. Auf Trottoirs ist die Praxis in weiten Teilen Europas, Sand anstelle von Salz einzusetzen. Eine generelle Schwarzräumung, so wie es in der Stadt Zürich den Anschein macht, ist nicht sinnvoll und spiegelt den Verkehrsteilnehmern eine falsche Sicherheit vor. Denn im Winter ist es auch mit Salz gefährlich auf den Strassen und Trottoirs. Deutsche Städte und Österreichische kennen beispielsweise ein weitgehendes Salzverbot abseits der Hauptverkehrsachsen.

Der Stadtrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viel Salz wurde in den Jahren 2007/08, 2008/09, 2009/10 und 2010/11 gestreut und wie viel in den Jahren 1987/88, 1988/89, 1989/90 und 1990/91? Bitte um Angabe der Kosten und der Tonnen.
2. Wie viele Jungbäume sterben jährlich den Salztod und müssen ersetzt werden? Welche Kosten (Vollkosten) sind damit verbunden?

3. Wie hoch schätzt die Stadt die jährlichen Reparatur- und Erneuerungskosten an der gesamten Verkehrsinfrastruktur, welche ihre Streusalzeinsätze durch Korrosion verursacht?
4. Kann der Stadtrat eine Vollkostenrechnung für den Winterdienst 2010/11 (unter Einbezug der unter 4. genannten Reparatur- und Erneuerungskosten) erstellen?
5. Inwieweit bezieht die Stadt Zürich internationale Erfahrungswerte in ihre Winterdienst-Strategie mit ein, und falls ja, auf welche Kosten/Nutzen Studien stützt sie diese ab?
6. Der Stadtrat hält fest, dass der Winterdienst "auch mit einer sogenannten verzögerten Schwarzräumung, angepassten Einsatzzeiten und einem geringeren Einsatz gewährleistet werden kann." Kann er diese Massnahmen konkretisieren, und präzisieren, welche Strassen diese Massnahmen betreffen und welche nicht?
7. Welche Überlegungen hindern den Stadtrat, auf Trottoirs gegen Schneeglätte Splitt oder Ziegelschrot und gegen Eisglätte Sand oder aber chloridfreie Salze (z.B. Kaliumcarbonat) einzusetzen, um die Alleebäume nicht zu schädigen?
8. Wie sieht er die Alternative Kaliumcarbonat für die Fahrbahn bei Baumalleen, z.B. der Bahnhofstrasse, wie es etwa die Stadt Wien praktiziert?
9. Das Versprühen von Salzsole anstelle des trockenen Salzstreuens ist seit 30 Jahren Stand der Technik. Weshalb entspricht die Winterdienstflotte der Stadt Zürich dieser Technik nicht, und wann wird dies der Fall sein?
10. Inwieweit nimmt der Stadtrat die Erfahrungen aus anderen Ländern – z.B. der Nachbarländer Deutschland, Österreich, Slowakei, und andererseits der USA – die alle ein weniger aggressives Salzregime betreiben, zur Kenntnis und ist er bereit, sie in seine Winterdienst-Politik einzubeziehen?
11. Wie viele Haftungsfälle nach Unfällen infolge ungenügenden Salzens gab es in den vergangenen zehn Jahren und wie hoch waren die für die Stadt daraus resultierenden jährlichen Kosten?
12. Wie interpretiert der Stadtrat die Strassenunfallstatistik 2010 im Lichte der aus Sicherheitsgründen praktizierten Schwarzräumung?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

2294. 2010/175

SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Maria Trottmann (GLP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2012

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 30. Januar 2012):

Andreas Hauri (GLP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

2295. 2011/397

**Schriftliche Anfrage von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 26.10.2011:
Strassenstrich im Gebiet um die Zähringerstrasse, Massnahmen zur Eindämmung der Belastungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 59 vom 18. Januar 2012).

- 2296. 2011/471**
Schriftliche Anfrage von Roland Scheck (SVP) und Kurt Hüssy (SVP) vom 07.12.2011:
Strassenbauprojekt an der Soodstrasse, Projektgrundlagen und Einbezug der Kantonalen Ämter

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 88 vom 18. Januar 2012).

- 2297. 2011/190**
Weisung vom 01.06.2011:
Soziale Einrichtungen und Betriebe, Verordnung über die Wohnintegrationsangebote und deren Tarife

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

- 2298. 2011/285**
Weisung vom 13.07.2011:
Human Resources Management, Projekt «Optimaler Berufseinstieg für Lehrabgängerinnen und -abgänger», Bericht und Antrag auf definitive Einführung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

- 2299. 2011/342**
Weisung vom 21.09.2011:
Liegenschaftsverwaltung, Überbauung Kalkbreite, Objektkredit für Gleisüberdeckung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

- 2300. 2011/325**
Weisung vom 07.09.2011:
Immobilien-Bewirtschaftung, Miete von Räumen der Liegenschaft Ausstellungsstrasse 88, für das Sozialzentrum Ausstellungsstrasse

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2301. 2011/400**Weisung vom 02.11.2011:****Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan ZKB Hauptsitz, Zürich-Altstadt**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 30. November 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2302. 2011/284**Weisung vom 13.07.2011:****Tonhalle-Gesellschaft, Änderung des Subventionsvertrages**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2303. 2011/245**Weisung vom 06.07.2011:****Tanzförderung, Rahmenkredit**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2304. 2011/246**Weisung vom 06.07.2011:****Camerata Zürich, Beitrag 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2305. 2011/247**Weisung vom 06.07.2011:****Literaturhaus Museumsgesellschaft, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2306. 2011/275**Weisung vom 14.07.2011:
Verein Tram-Museum Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2307. 2011/276**Weisung vom 13.07.2011:
sogar theater, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2308. 2011/277**Weisung vom 13.07.2011:
Zürcher Kammerorchester, Beitrag 2012ff.**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2309. 2011/278**Weisung vom 13.07.2011:
Zurich Film Festival, Beitrag 2012 bis 2014**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2310. 2011/279**Weisung vom 13.07.2011:
Theater Stok, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2311. 2011/280**Weisung vom 13.07.2011:
Tanzhaus Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2312. 2011/281**Weisung vom 13.07.2011:
Theater Winkelwiese, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2313. 2011/282**Weisung vom 13.07.2011:
Verein Fabrikjazz Zürich, Jahresbeiträge 2012 bis 2015**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

2314. 2011/283**Weisung vom 13.07.2011:
Theaterhaus Gessnerallee, Jahresbeitrag ab 2012ff.**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 7. Dezember 2011 ist am 13. Januar 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 8. Februar 2012.

Nächste Sitzung: 8. Februar 2012, 17 Uhr.